

## FORUM

## Wer viel bringt, soll nicht auch noch bezahlen müssen

Zu «Der Tod, die Steuern und Glencore Xstrata», Analyse vom 31. August

In der Diskussion über die Steuerbelastung einer in Baar domizilierten Rohstoffgruppe werden wesentliche Elemente ausgeblendet. Wer die Mechanik der Märkte etwas kennt, weiss, welche wichtige Rolle diese Handelsgesellschaften für die globale Versorgungssicherheit spielen. Sie sorgen mit ihrer Innovations- und Investitionskraft dafür, dass Rohstoffe, die die Welt dringend braucht,

überhaupt gefördert werden – und zwar viel sicherer und umweltfreundlicher, als wenn lokale Förderer werkeln.

Die Frage, wie viel Steuern diese Gruppen wo bezahlen, ist von zweitrangiger Bedeutung. Die Besteuerung von Unternehmen ist nicht zwingend, und in gewissen Ländern werden sie denn auch überhaupt nicht zur Kasse gebeten – im Wissen und aus der Überzeugung, dass ein Unternehmen keine Belastung für die Gesellschaft und die Allgemeinheit darstellt, sondern ein Ge-

winn und eine Bereicherung ist. Dass Besitzer und Angestellte der Firmen reichlich Steuern bezahlen, ist dabei nur ein Element. Wer etwas oder sogar viel bringt, soll dafür nicht auch noch bezahlen müssen. In der Schweiz sorgte vor einigen Jahren Rolf Schweizer, damals Zuger Ständerat und nationaler FDP-Parteipräsident, dafür, dass dieser Fragenkomplex auf höchster Ebene diskutiert wurde. Er rechnete während eines Vortrags in Luzern vor, dass sich die Schweiz dank dem unterdurch-

schnittlich tiefen Satz der Mehrwertsteuer leisten könnte, die Steuerbelastung für Unternehmen auf null zu reduzieren. Solche Überlegungen fliessen nun im Übrigen auch in die aktuelle Diskussion um die Unternehmenssteuerreform III ein – und sind vielleicht, das zum Schluss, ein Grund, weshalb die Diskussion um die Steuerbelastung für Glencore Xstrata von gewissen Kreisen jetzt und in dieser Form forciert wird.

THOMAS WYSS, OBERÄGERI

## Kalte-Krieg-Rhetorik?

Zu «Nein zu 10 Tagen Vaterschaftsurlaub» in der Ausgabe vom 30. August

«Sozialistische Küche», etwa so antwortete am vergangenen Donnerstag ein SVP-Kantonsrat auf den Antrag, den Vaterschaftsurlaub für die kantonalen Mitarbeiter von 5 auf 10 Tage zu verbessern. Dabei hatte Kantonsratskollegin Vroni Straub in ihrem Votum einleuchtend geschildert, dass Väter ein grosses Bedürfnis haben, mit ihrem frisch geborenen Kind zusammen zu sein, und dass es die jungen Familien stärke. Als ehemalige Hebamme wisse sie das.

## 20 Tage Vaterschaftsurlaub

Die Stadt Bern kennt 15 Tage Vaterschaftsurlaub, ebenso die Bank Raiffeisen. Bei Mobility und der Alternativen Bank Schweiz sind es sogar 20 Tage. Verschiedene europäische Länder sind der Schweiz sowieso voraus. Sogar die Väter, die im Kanton Zug im McDonald's arbeiten, haben es besser als die kantonalen Angestellten! Die zynische, populistische Kälte, wie Philip C. Brunner unsere linken Voten lächerlich gemacht hat, erschreckt mich. Was für

eine Vorstellung steckt da im Kopf und im Herz?

## Das Kind gehört auch zum Vater

Vielleicht hat die Mehrheit im Kantonsrat noch nicht gemerkt, dass die heutigen Väter ihre Kinder beim Aufwachsen erleben und begleiten wollen. Das zeigt sich auch im Sorgerecht; das Kind gehört auch zum Vater. Ein angemessener Vaterschaftsurlaub nach der Geburt ist schlicht menschlich und vernünftig.

Das Nichtgewähren eines adäquaten Vaterschaftsurlaubs leistet bestimmt keinen Beitrag dazu, die statistisch notwendige Anzahl von 2,1 Kindern pro Frau zu erreichen. Die Schweizer Volkspartei zeigte in der vergangenen Kantonsratssitzung einmal mehr, dass sie aber offenbar weder Geburtenrate und junge Familien noch Zuwanderungsströme fördert. Das stellt langfristig die Existenz der Schweizer Bevölkerung in Frage. Wenn mans zu Ende denkt, dann ist es auch ein Ader der SVP. Für eine gute Familienförderung braucht es einen ganzen Strauss politischer Lösungen. Ein verbesserter Vaterschaftsurlaub ist ein Schritt dazu.

BARBARA GYSEL, KANTONSRÄTIN SP, OBERWIL



## Die Sonne und die Blume

Ob diese Pflanze weiss, dass sie auf Deutsch liebevoll Sonnenblume genannt wird? Jedenfalls hat sie sich schön in Szene gesetzt.

Leserbild Richard Stevens, Hünenberg

## Dienst an der Allgemeinheit

Abstimmungen vom 22. September: Zur Abschaffung der Wehrpflicht

Nachdem 2001 die GSa bei ihrem letzten Versuch, die Armee abzuschaffen, mit 78 Prozent Nein-Stimmen kläglich gescheitert ist, versucht sie mit der Forderung nach einer freiwilligen Milizarmee unserer wichtigsten Institution zur Wahrung der Sicherheit das «Humankapital» zu entziehen. Niemand, der Militärdienst geleistet hat, wird von sich behaupten, er hätte dies stets aus freien Stücken und mit nie ermüdender Begeisterung getan. Dienen, sich unterordnen, seine eigenen Wünsche zurücknehmen und auf die Vorzüge des Privatlebens verzichten ist wahrlich nicht immer einfach und alles andere als bequem. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass wir in unserer Bundesverfassung nebst den vielfältigen Aufgaben, die unsere Armee zu erfüllen hat, auch die Militärdienstpflicht festgelegt haben. Denn einen Auftrag erfüllen kann nur jemand, der auch über genügend und geeignete Mittel verfügt. Wer wie die GSa den Verfassungsauftrag der Armee belässt, ihr jedoch das Personal entzieht, handelt unredlich. Mehr noch, wir überbürden eine Aufgabe an Menschen, die

sie so nie erfüllen können. Auch wenn sich die weltpolitische Lage, die Bedrohungen, die Risiken und die Gefahren für unser Land und seine Menschen in den jüngsten Jahren verändert haben, bleibt unser Bedürfnis nach Sicherheit, persönlicher Unversehrtheit und Freiheit.

Mit einer etappenweisen Modernisierung und Umgestaltung der Sicherheitskräfte haben Bundesrat und Parlament auf die veränderten Anforderungen mehrfach reagiert. Das vernetzte Handeln von zivilen Organisationen wie Polizei, Grenzwache, Bevölkerungsschutz, Feuerwehr, Sanität und Krisenstäben mit der Armee hat dazu geführt, dass wir die an den Staat gestellten Sicherheitsaufgaben gezielter erfüllen können. Mit dem Zivildienst haben wir auch eine für die Gemeinschaft wertvolle Institution für jene geschaffen, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten. So können jeder und jede von uns einen Beitrag für die Sicherheit und das Wohlergehen unseres Landes leisten. Das Erreichte soll uns nicht davon abhalten, die Aufgabenerfüllung weiter zu verbessern. Eine Abschaffung der Wehrdienstpflicht wäre aber das pure Gegenteil.

PETER BIERI, STÄNDERAT CVP, HÜNENBERG

## Ein überzeugtes Ja zum Stadtratsreglement!

Abstimmungen vom 22. September: Zum Stadtratsreglement in Zug

Kürzlich hat ein Mitglied des Stadtrats sein Kantonsratsmandat abgelegt mit der Begründung, die Arbeit als Stadtrat lasse diese Doppelbelastung nicht zu. Der Zuger Gewerbeverein will mir nun weismachen, dass ein Stadtrat oder eine Stadträtin locker im Nebenamt noch seine eigene Firma führen könne. Leben wir nicht in derselben Stadt? Meine Stadt Zug ist kein Provinzkaff, sondern eine Kantonshauptstadt mit Zentrumsfunktionen, internationalem Flair, mit 27 700 Einwohnern, 31 800 Arbeitsplätzen, 12 900 Firmen und Menschen aus 128 Nationen. Dies mit einem jährlichen Budget von einer Viertelmilliarde Franken. Und ein solches Staatswesen soll von Leuten geführt und gelenkt werden, die ihren Kopf auch beim eigenen Unternehmen haben?

Im Grossen Gemeinderat (GGR) haben sich die Parteien nach langen und intensiven Debatten auf einen

Kompromissvorschlag der Grünliberalen geeinigt, welcher künftig das Vollamt für Stadträte vorsieht und sie dafür entsprechend besser, aber in einem vernünftigen Rahmen entschädigt. Dass Nebenämter nicht nur den Fokus auf die Staatsgeschäfte stören können, sondern ein Risiko für ein Gemeinwesen bergen, hat die Stadt Zug hautnah erlebt, ist doch ein Stadtrat letztes Jahr über sein Nebenamt gestolpert. Hätte die Stadt Zug das Vollamt gekannt, wären ihr politischer Schaden sowie die Kosten für die sechsmonatige Lohnfortzahlung und eine PUK erspart geblieben.

Für das Gewerbe und die Wirtschaft ist ein gut funktionierender, bürger- und wirtschaftsfreundlicher Staat von vitalem Interesse ist. Damit der Zuger Stadtrat sich zu 100 Prozent auf seine Arbeit konzentrieren kann, bitte ich Sie, dem Stadtratsreglement im Sinne des Grossen Gemeinderates zuzustimmen – zum Wohl der Stadt Zug, seiner Bewohnerschaft, des Gewerbes und der Wirtschaft.

MICHÈLE KOTTELAT, GEMEINDERÄTIN GLP, ZUG

## Blödsinniger Handel mit Arztpraxen

Zu «Handel mit Praxen: Ärzte sind besorgt» in der Ausgabe vom 29. August

Hallo Patientinnen und Patienten, hallo BAG, merken Sie denn nichts? Wenn Arztpraxen durch anonyme Firmen gewinnmaximierend geführt werden und sich ein solcher Handel sogar noch lohnt, wirtschaften diese Firmen (auch wenn es Krankenkassen sind) garantiert in die eigene Tasche, was sicher nicht kostendämpfend wirkt! Das ergibt sich aus den Grundregeln der Ökonomie. Und demotivierten, häufig wechselnden Ärzten ist das Wohl der Patienten nicht mehr wichtig, denn einen Bezug zum Patienten aufzubauen, ist schier unmöglich.

Verlierer sind also erneut wir Patienten und Prämienzahlenden: Wir zahlen mehr als nötig, und die Qualität der medizinischen Versorgung leidet.

UELI KRASSER, HAGENDORN

## ANZEIGE

Lucerne University of Applied Sciences and Arts

## HOCHSCHULE LUZERN

Wirtschaft  
Institut für Finanzdienstleistungen Zug  
IFZ

FH Zentralschweiz

## 19. KMU-Forum

09. September 2013 in Zug: Immobilien in der Unternehmensnachfolge

16. September 2013 in Sursee: Shared Services, Outsourcing und Cloud Computing

23. September 2013 in Luzern: Factoring und Kreditversicherung – Möglichkeiten für KMU

30. September 2013 in Zürich: Factoring und Kreditversicherung – Möglichkeiten für KMU

Alle Veranstaltungen sind kostenlos. Anmeldung erwünscht.

Informationen und Anmeldung unter [www.hslu.ch/ifz-kmu](http://www.hslu.ch/ifz-kmu)

Die Veranstaltungen sind jeweils um 17.15 bis 19.00 Uhr.

NEUE  
ZUGER ZEITUNG  
mit Engagement